Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 28. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 17. Januar **1901.**

200 Jahre.

In unserem Zeitalter der Jubiläen und Feste, in dem wirkliches Verdienst oft genug neben rücksichtslos in den Vordergrund sich drängendem Streberthum um Anerkennung und Auszeichnung heischen muß, beanspruocht der morgige Tag ganz besondere Beachtung. Sind an ihm doch zweihundert Jahre verflossen, seit der Sohn und Nachfolger des Großen Kurfürsten den brandenburgischen Kurhut mit der preußischen Königskrone vertauschte und dadurch auf dem von seinem Vater wohl vorbereiteten Felde das Fundament legte, auf welchem sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte das heute an Ansehen und Macht so reiche Staatengebilde erhob, das jetzt seine Grenzen erstreckt von Rußlands Marken an bis weit über den Rhein hinaus, und dem es vorbehalten war, das durch Generationen ungestillt gezegene Sehnen nach einem neuen Deutschen Reiche zu erfüllen und diesem in seinen Herrschern die Träger und Hüter der Kaiserkrone zu geben, die unseren Vorfahren Ideal war und welche unsere Väter Seite an Seite mit den süddeutschen Brüdern schmieden halfen. Es ist ein gewaltiger Weg, den die Hohenzollern zurückgelegt haben, seit sich Friedrich I. am 18. Januar 1701 zu Königsberg die Krone aufs Haupt setzte, und gute Vorbedeutung war es ihnen, daß er sie sich aufsetzen konnte, ohne das vom Papste in Anspruch genommene Recht, Könige zu „ernennen", anerkennen und ohne selbst darauf warten zu müssen, bis sie ihm zu theil wurde als ein Geschenk vom Hause Habsburg, denn frei und selbständig konnte sich infolgedessen das junge Königthum entwickeln und den Weg zur Höhe nehmen, den es im anderen Falle wohl kaum so bald gefunden haben würde.

Freilich, der erste Hohenzollernkönig selbst vermochte sich kaum ein anderes Verdienst zu erwerben als das, welches in der Errichtung der Monarchie zu erblicken ist. Nicht politische Weisheit war es, die ihn zu diesem Schritte trieb, nicht auch der Drang, das Erbe seiner Väter zu festigen oder gar zu mehren, sondern die Königskrone war ihm das Ziel seiner Eitelkeit, auf dessen Verfolgung er in einer Zeit, in welcher sich in Europa Ereignisse von weittragender Bedeutung vorbereiteten und theilweise schon abspielten, unablässig und unter Hintansetzung selbst vitaler Interessen seines Landes bedacht war. Erst seinem viel verkannten und oft zu Unrecht geschmähten Nachfolger blieb es vorbehalten, dem glänzenden Rahmen, dem ihm der Vorfahr geschaffen, Inhalt zu geben und Friedrich Wilhelm I. hatte diese seine Aufgabe so gut erfaßt, daß man in ihm den eigentlichen Schöpfer Preußens erblicken darf. Er, der Soldatenkönig, dessen Wesen so außerordentlich abhold war der Pracht und dem Prunk, mit dem sich sein Vater zu umgeben liebte, war es, der die Grundlagen legte zu dem Verwaltungsstaate Preußen, und sich damit ein Verdienst erwarb, das ihm die Nachwelt rückhaltlos zugestanden und anerkannt hat. Was er aussäete, trieb im Wechsel der Zeiten immer wieder neue Triebe und half, zu gegebener Zeit von Männern wie Scharnhorst und Gneisenau, Stein und Hardenberg veredelt, das Land Preußen auf die Höhe bringen, auf der es heute sich befindet. Könnte es unsere Aufgabe sein, der Geschichte der Hohenzollern in ihrer Verbindung mit dem preußischen Königthum hier Raum zu geben, manches schöne und erhebende Bild von den gewaltigen Leistungen Preußens aus der Vergangenheit würde sich hier wiederspiegeln lassen, manche ruhmvolle That der Hohenzollern-Könige. Wie der große Friedrich es verstanden hat, sich gegen eine Welt in Waffen zu vertheidigen und dem jungen Königreich eine Großmachtstellung zu erringen, durch die es zur ausschlaggebenden Macht unter den europäischen Staaten wurde, wie Preußen nach dem schweren Niederbruch im Jahre 1806 sich aufraffte und die Führung in dem großen Befreiungskampfe unternahm, der der Herrschaft des Korsen in den deutschen Landen ein für alle mal ein Ende machte, und wie es später nach der erfolgreichen Durchführung der unvermeidbar gewordenen Auseinandersetzung mit Oesterreich zum Vorkämpfer für die deutsche Einheit wurde, die unsere Väter unter Friedrich Wilhelm IV. und seinem Vorgänger schon vergeblich herbeizuführen suchten, wie es die Leitung der Staaten im neuen Deutschen Reiche und damit die Kaiserkrone übernahm, das alles sind Erinnerungen, die sich an einem Tage wie dem 18. Januar mit erneuter Macht aufdrängen und überall da freudig stimmen müssen, wo das nationale Gefühl noch nicht ganz von einer eingefleischten Feindschaft der Monarchie gegenüber verdrängt ist, und man braucht durchaus nicht zu denen zu gehören, die auf einen Wink von oben in Hurrahstimmung gerathen und Vergnügen an dem Uebermaß der Feste haben, das sich heute in unserem öffentlichen Leben breit macht, um solchen Gedanken am 200jährigen Gedenktage des preußischen Königthums Raum zu geben.

Aber wo Licht ist, da pflegt auch Schatten zu sein, und so weist die Geschichte Preußens auch manches Kapitel auf, bei dem die Erinnerung trauernd verweilt und das besser ungeschrieben geblieben wäre. Wir wollen im Gedenken an diejenigen preußischen Herrscher, die Liebe zum Volke genug hatten, um nachdrücklich für Bürgerthum und Bauernstand einzutreten und den auch heute wieder mächtig ins Kraut schießenden Uebermuth des Junkerthums zu brechen, die auch Weisheit genug besaßen, alle Kulturbestrebungen zu unterstützen und die Geistesfreiheit zu fördern, hinweggehen über die beiden Hohenzollern, die es nicht verstanden haben, die ihnen überkommene Ueberlieferung zu bewahren und von denen der eine in nur elfjähriger Regierung die Grundvesten des Staates erschütterte, während der andere durch die reaktionären Strömungen, die sich unter seinem Schutze breit machen konnten, in jenen schweren Konflikt mit dem Volke gerieth, der manchem unserer von Freiheit durchglühten Vorfahren das Leben kostete, und wenn auch schließlich der Wille des Volkes zum Siege gelangte und Preußen endlich die lang geforderte Verfassung erhielt, so verweilt das Gedächtniß doch mit Bedauern bei jenen Tagen, in denen sich eine tiefe Kluft öffnete zwischen König und Volk, eine Kluft, zu deren Ueberbrückung es nicht beitrug, daß Friedrich Wilhelm IV. die ihm angebotene Kaiserkrone zurückwies und sich so mehr und mehr der herrschenden Zeitströmung entfremdete. Freilich, die Bestimmung Preußens vermochte durch solche Entschlüsse, die in ihren innersten Gründen bis auf den heutigen Tag noch nicht erkennbar geworden sind, nicht aufgehalten zu werden; König Wilhelm I. verstand die Regungen der Volksseele besser als sein schwärmerisch veranlagter Bruder, und wie er Preußens Ansehen unter den Völkern auch als Deutscher Kaiser zu fördern wußte, das gehört zu sehr unserer Zeit an, als daß wir hier noch darauf zurückzukommen brauchten. Aber auch unter seiner Regierung, aus der sich das glänzende Gestirn eines Bismarck hervorhob, gelang es leider nicht immer und nicht ganz, die Reaktion, die nicht müde war, ihre volksfeindlichen Pläne zu verdrücken, zu unterdrücken, und wenn auch das Regiment seines Nachfolgers, unseres unvergeßlichen Friedrich, in Bezug hierauf die schönsten Hoffnungen erweckte und ein Frühlingswehen durch das Volk gehen ließ, so war die ihm gegebene Spanne leider nur zu kurz, um für den freiheitlichen Ausbau des Staates Preußen irgendwelche Früchte zeitigen zu können. Und so vermögen wir uns denn heute bei allem Stolz über das Emporkommen Preußens und das Ansehen seiner Herrscher des bitteren Empfindens nicht zu erwehren, daß die inneren Zustände Preußens noch keineswegs den Anforderungen eines modernen Staatswesens entsprechen. Auf politischem, wie auf wirthschaftlichem und religiösem Gebiete sind in Preußen die rückständigen Bestrebungen heute so stark und einflußreich, daß sie sich von der Reaktion der vierziger Jahre kaum sonderlich noch unterscheiden. Das Junkerthum übt auf Gesetzgebung und Verwaltung fast unumschränkten Einfluß aus und trachtet die freiheitlichen Errungenschaften früherer Kämpfe zu beseitigen, geistiges und konfessionelles Dunkelmännerthum sucht jede selbständige Regung freier Geister in Wissenschaft und Litteratur, in Schule und Kirche zu unterdrücken, und an Regierungsstelle ist man gar zu leicht geneigt, sich diesen Versuchen unterzuordnen. Und wenn es noch eines ist, das die Genugthuung über den morgigen Ehrentag Preußens zu trüben vermöchte, so ist es die nicht wegzuleugnende Thatsache, daß Preußen, obwohl es im Bunde der deutschen Völker über Ansehen und reichen Einfluß verfügt, doch wenig populär und beliebt bei den anderen Bundesstaaten ist. Das war früher anders; da gab es eine Zeit, in welcher Preußen den Süddeutschen zu liberal war, jetzt ist es umgekehrt, heute gilt für einen großen Theil des deutschen Vaterlandes Preußen als Hort der Reaktion und es ist vergeblich, sich der Wahrheit dieser Thatsachen zu verschließen.

Aber alle diese wenig erfreulichen Feststellungen dürfen und sollen uns nicht abhalten, dem Stern Preußens zu vertrauen und die Hoffnung zu hegen, daß es in den kommenden Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts gelingen wird, die innere Entwicklung des Königreiches dem Fortschreiten der äußeren Machtstellung anzupassen. Noch überall hat es sich gezeigt, daß die Monarchie ihre festeste Stütze in der Kraft des Bürgerthums zu erblicken hat, desselben Bürgerthums, welches in schwerer Zeit immer die Quelle war, aus der der Staate und seinen Machtmitteln neues Leben zugeführt wurde. Auf dem Bürgerthum wird auch die Zukunft Preußens beruhen, und je eher der gegenwärtige Träger der Krone seine Rathgeber dahin zu lenken weiß, daß sie diesem für das Gedeihen des Staates so außerordentlich wichtigen Faktor diejenige Beachtung schenken, die ihm zukommt, desto sicherer wird man einst auch von ihm sagen können, daß er das Erbe seiner Väter im Geiste seines aufgeklärten Zeitalters ausgebaut und sich um die friedliche und freiheitliche Kulturentwicklung des preußischen Staates ein Verdienst erworben hat, das auch vor dem künftigen Geschichtsschreiber standzuhalten vermag. Dann wird er auch in seinem ganzen, stolzen Inhalt wahr werden, der Wahlspruch des preußischen Aars: Nec soli cedas! Sch.

(Nachdruck verboten.)

Das Jubiläum der preußischen Königskrone.

Zwei historische Bilder von Robert Berndt.

I.

Wie Kurbrandenburg zur Königskrone kam.

Im Jahre 1696 war Kurfürst Friedrich von Brandenburg nach dem Haag gereist. Er wollte dort mit Wilhelm III., dem Oranier, der nun auch König von England war, über die Friedensbedingungen unterhandeln, die Frankreich zu stellen wären. Wie immer in jener Zeit, spielten die Ceremonien bei diesem Besuche eine große Rolle, und als Lord Portland dem Kurfürsten Vortrag hielt über die Formen, die bei der persönlichen Zusammenkunft der beiden hohen Herren angewandt werden sollten, theilte er auch mit, daß der Unterschied der königlichen und der kurfürstlichen Würde dadurch gekennzeichnet werden sollte, daß Wilhelm auf einem Armstuhle, Friedrich aber auf einem gewöhnlichen Stuhle sitzen sollte.

Nichts Empfindlicheres konnte Friedrich widerfahren. Er war kein Mann der großen Thaten, aber er war ein Mann voller Gefühl für seine Würde. Er konnte den Werth der Erbschaft des Großen Kurfürsten, seines Vaters, und war entschlossen, sie bereichert seinen Nachfolgern zu hinterlassen. Ihm hatte bei seiner Geburt — in Königsberg hatte seine Wiege gestanden — ein Poet prophezeit:

Wie kommt's, daß Königsberg in Preußen
Soll Friederich's Geburtsstadt heißen?
Dieweil die Musen prophezei'n:
Prinz Friedrich wird hier König sein.

Nicht umsonst hatten die Musen diese Prophezeiung von sich gegeben. Sie hatte den Kurprinzen nie verlassen, sie war dem Kurfürsten gegenwärtig. Die Königskrone war sein heimliches Ziel; Dankelmann hatte schon einmal in Wien deswegen sondiren müssen. Damals hatte man vergeblich angeklopft, aber Friedrich ließ darum sein Ziel nicht aus dem Auge.

Und gab ihm dieser Vorfall nicht recht? Der versagte Armstuhl war eine empfindliche Demüthigung, um so empfindlicher, als seine eigenen brandenburgischen Truppen dem Prinzen von Oranien in der Erlangung der Würde beigestanden hatten, die er jetzt so hochmüthig geltend machte. Friedrich gab nicht nach und das Ergebniß langer Verhandlungen war dann, daß die beiden Fürsten „stehenden Fußes" miteinander verkehrten. Aber der Stachel in Friedrich's Seele blieb.

Und andere ähnliche Vorkommnisse verschärften ihn. Auf dem Kongresse zu Rijswijk hatten seine Vertreter wieder ähnliche ärgerliche Rangstreitigkeiten durchzumachen, und damals sollen die Holländer den Brandenburgern gerade heraus den Rath gegeben haben, ihr Herr solle sich doch durch Annahme der königlichen Würde ein für allemal dergleichen Verdrießlichkeiten entziehen. Hatte doch noch zu den Zeiten seines mächtigen Vaters der Hofrath Besser — jetzt Ceremonienmeister und nebenbei Hofpoet am Berliner Hofe — beim Regierungsantritt Jakob's II. von England dem Venetianer Vignola nur dadurch den Vortritt abgewonnen, daß er erst die ganze Nacht vor der Audienz im Schlosse zu London blieb und dann im feierlichen Moment selbst den erregt sich vordrängenden Welschen mit einem diskreten, aber kräftigen Griffe wegschlenderte! Derlei Vorgänge waren der Macht nicht würdig, deren militärische und politische Bedeutung Europa seit einem halben Jahrhundert mit Staunen so gewaltig hatte wachsen sehen. Der Oranier war König von England geworden — Brandenburg hatte ihn dabei unterstützt. Dann hatte sich Ernst August von Hannover, Friedrich's Schwiegervater, den Kurhut aufs Haupt gesetzt, und jetzt trat noch (1697) Sachsens Kurfürst als erwählter Beherrscher Polens in die Reihe der Könige ein — beide nicht ohne Friedrich's Unterstützung oder Entgegenkommen. Es war Zeit, auch für Brandenburg an eine Rangerhöhung zu denken.

Und vielleicht war es gar nicht so schwer, zu dem erwünschten Ziele zu gelangen? Da war wenigstens der Beichtvater des neuen Polenkönigs, der Pater Vota, ein Jesuit, der sich sehr beflissen zeigte, auf Friedrich's Wunsch einzugehen. Er wußte auch schon, wie er zu verwirklichen war; Friedrich sollte die neue Würde sich vom Papste verleihen lassen, der ja einst in den Tagen des Mittelalters Würden und Länder vertheilt und so in diesen Dingen eine alte Autorität für sich hatte. Es war die Zeit, da der religiöse Eifer sich ziemlich abgelebt hatte und so mancher Religionswechsel aus politischen Beweggründen sich vollzog; der Jesuit sah in lockender Ferne einen katholischen „König der Vandalen", — denn so wollte er ihn gern betiteln wissen. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht: Friedrich, in vielem schwankend, war im Punkte der Religion fest. Der Pater Vota erreichte nichts.

Aber Friedrich verfolgte seinen Plan weiter. Bisher hatte er ihn stets als einen durchaus persönlichen, streng geheimen behandelt und ihn nur mit seinen jedesmaligen Vertrauen erörtert oder unter der Hand betrieben: erst mit Dankelmann, dann mit dem Grafen Wartenberg. Jetzt, im Jahre 1698, wandte er sich zum ersten male an seinen geheimen Rath; er verlangte das Gutachten seiner Minister. Es fiel ablehnend aus; der Plan, so erklärten sie, sei eine „pure lautere Unmöglichkeit und eine Chimäre." Sie betonten hauptsächlich die Unerreichbarkeit des Zieles und den geringen Nutzen, vielleicht Schaden, den die neue Würde bringen könne. Friedrich's Antwort auf dies Gutachten beweist, daß sein Streben nicht nur auf persönlicher Eitelkeit beruhte, sondern ernsten und bedeutenden politischen Erwägungen entsprang. Er beurtheilte die Aussichten des Planes treffender, als die Minister, und erörterte die Zweideutigkeit seiner gegenwärtigen Lage sehr geschickt. Ganz mit Recht sah er voraus, daß über lang oder kurz, wenn der letzte Habsburger auf Spaniens Thron sterbe und die spanische Erbschaft fällig würde, der spröde Kaiserhof ihn und seine Truppen brauchen und sich entgegenkommender zeigen werde. Und in dieser Erkenntniß ließ er durch einen gewandten jungen Diplomaten, den Kammergerichtsrath von Bartholdi, 1698 die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder anknüpfen. Und Bartholdi's mündliche Instruktion war: über die königliche Dignität zu verhandeln.

Aber so leicht war die Sache denn doch nicht. Eifersucht auf Preußen und religiöse Antipathien waren mächtig am Wiener Hofe. Es gab auch Leute, die die politische Bedeutung der Sache wohl erkannten; so u. a. Prinz Eugen von Savoyen. Immerhin nahm der Reichskanzler Graf Kinnitz die Sache wohlwollend auf und brandenburgisches Geld verstärkte sein Wohlwollen. Aber in Wien gab es der Intriguen und feindlichen Mächte viele, und wer weiß, welchen Gang die Angelegenheit genommen hätte, hätte nicht die Geschichte jenen berühmten Treppenwitz gemacht, der die Pointe dieser ganzen Historie bildet.

Ein kleines Mißverständniß fiel vor. Man verwechselte beim Dechiffriren die Chiffren 160 und 161. 160 war Bartholdi, 161 war der Pater Wolf. Und so erließ man an Bartholdi

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010117029/fragment/page=0001

Deutsches Reich.

Europäische Minen und Gegenminen.

An diesen Romantikel Samarow's gemahnen die politischen Kombinationen, die an die Abwesenheit des Kaisers während der Weimarer Trauerfeier geknüpft werden. Großherzog Karl Alexander war ein Großonkel des Kaisers, er war der älteste Bundesfürst, er hatte, als Preußen um seine Hegemonie rang, auf der Seite dieses Bundesstaates gestanden, er hatte in hervorragender Weise an der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches mitgewirkt — gewiß alles schwer wiegende Momente, die alle Welt bestimmten, die Theilnahme des Kaisers a priori als selbstverständlich hinzunehmen, zumal unser Kaiser keine Abneigung vor öfteren Reisen hat und an allen bedeutenden Hoffestlichkeiten der Bundesfürsten den regsten Anthell zu nehmen pflegt. Die offiziellen Motivirungen für die Abwesenheit tragen sichtlich den Stempel der Unwahrscheinlichkeit. Die leichte Unpäßlichkeit war gehoben, konnten doch Berliner Blätter von einem zur Stunde der Weimarer Trauerfeier unternommenen Thiergartenspaziergang des Kaiserpaares melden. An dem Weimarer Hofe herrschten die Masern, sie sollen den Kaiser und auch den Kronprinzen, der in seiner früheren Jugend von dieser Krankheit verschont geblieben, von der Reise abgehalten haben. Doch auch diese Nachricht wird wenig gläubige Ohren finden. Sowohl im Schloß an der Ilm wie an der Spree, in das die kaiserliche Familie kurz vorher aus der Havelresidenz übersiedelt war, können sichere Vorbeugemittel gegen die Uebertragung des Krankheitsstoffes angewendet werden. Blieb also nur übrig, der auffälligen Abwesenheit des Kaisers politische Bedeutung beizulegen. Es könnte ja sein, daß der erwartete hohe Gast sich durch die Anwesenheit eines anderen Fürsten zu seinem Fernbleiben bestimmen ließ. Man sah also nach dem europäischen Wetterwinkel. Sollte etwa Fürst Ferdinand von Bulgarien? Seine lange Reise hatte ja von Anfang an Aufsehen erregt. Warum begnügte er sich nicht mit der Entsendung eines diplomatischen Vertreters. Eine Verwandtschaft zwischen dem Nachfolger des Battenbergers und dem Hause Sachsen-Weimar herzustellen, gelingt nur dem, der bis ins vierzehnte Jahrhundert zurückgeht. Nun weiß man, daß Fürst Ferdinand dem Märchenheld gleicht, der ausging, eine Königskrone zu finden. Die Orleans strecken so gern nach Kronen ihre Hände aus. Ueber des Fürsten Bemühungen in der Wiener Hofburg ist nichts Bestimmtes an die Oeffentlichkeit gedrungen. Der vorsichtige Kaiser Franz Josef dürfte den bulgarischen Besuch nur mit den verwandtschaftlichen Gefühlen eines Halbschwagers aufgefaßt haben. Doch inzwischen hat dem getreuen Nachbar Nikita das montenegrinische Volk den Titel Königliche Hoheit angetragen. Sollten die in Weimar versammelten Fürsten nicht sehen, daß auf dieses erkrankte Haupt eine Königskrone gehört? Man erzählt von Preußens erstem König, es habe ihm keine Ruhe gelassen, daß er am Hofe der Oranier nicht auch auf einem Lehnstuhl sitzen konnte, wie ihn der niederländische König einnahm. Aehnlichen Kummer mag dem Herrscher der Bulgaren die Königswürde seiner Nachbarfürsten bereiten. Wenn einer außer Franz Josef seinen Ehrgeiz befriedigen kann, so wohl der deutsche Kaiser, mit dem zusammenzutreffen Ferdinand der Erste in spe ganz bestimmt annehmen mußte. Ob der Kaiser deshalb zur selben Zeit im Thiergarten luftwandelte, als eine erlauchte Fürstengesellschaft am Sarge seines Großonkels zusammentrat, als selbst Frankreichs Präsident durch die Entsendung eines Vertreters die Gelegenheit wahrnahm, den guten Beziehungen zum östlichen Nachbar deutlichen Ausdruck zu geben? Wir lassen diese Frage offen. Sie werden unseren kombinationslüsternen Politikern dankbaren Stoff bieten. *

---

den Befehl, die Sache durch den Pater Wolf an den Kaiser zu bringen. Diese 161 sollte für Preußen von entscheidender Bedeutung werden.

Der Pater Wolf war eigentlich ein Baron von Lüdinghausen, war des Kaisers Beichtvater und stand bei ihm in hoher Gunst. Bartholdi war nicht wenig erstaunt, als er plötzlich an ihn gewiesen wurde, und der Pater Wolf wird es zuerst wohl auch gewesen sein. Aber ob er sich nun durch des Kurfürsten Anschreiben geschmeichelt fühlte oder was sonst bei ihm für Gründe vorlagen, — kurz, er ging auf die Sache ein, nahm sich ihrer mit großem Eifer an und trug sie dem Kaiser vor. Bald konnte er günstige Antworten Leopold's I. mittheilen: „Er habe einen ungemeinen Eifer, Ew. Churfürstl. Durchlaucht eine solche Konsolation zu geben." Freilich stellte der Wiener Hof noch immer seine Bedingungen, und zwar vornehmlich konfessionellen Charakters, und dafür war Friedrich nun einmal nicht zu haben. So gerieth die Sache doch wieder etwas ins Stocken, und Pater Wolf's Anrede „Gnädigster Herr, beinahe König!" konnte den Kurfürsten über die noch zu überwindenden Schwierigkeiten nicht hinwegtäuschen.

Da erhielt Preußen seine zweite, die entscheidende Hilfe, Karl von Spanien starb am 1. Nov. 1700. Sein Testament war zu Gunsten Frankreichs. Für Oesterreich hieß es sich fügen oder einen europäischen Krieg wagen. Es entschied sich für's letztere und damit war auch entschieden, daß es für Brandenburgs Bundesgenossenschaft Opfer bringen mußte. Schon 14 Tage nachher ward der Traktat abgeschlossen und Kaiser Leopold fügte hinzu: „Ich thue demnach zu der anzunehmen vorhabenden Würde allen gedeihlichen Segen und Glück, und daß dieselbe in dero Posterität zu ewigen Zeiten kontinuiren möge, freund-, oheimb- und gnädiglich wünschen." Wohl gab es noch einige Schwierigkeiten, besonders bezüglich eines Ausdrucks im Artikel VIII des Vertrages, der dem Kurfürsten die Befugniß der Annahme der Krone ohne die Zustimmung des Kaisers absprach. Darauf ging Friedrich nicht ein; er sprach nur seine Absicht aus, ohne die kaiserliche Zustimmung den Schritt nicht vorzunehmen. Wohl zögerte der Kaiser noch einige Zeit, ehe er diese Konzession machte, aber Friedrich fühlte sich doch jetzt seiner Sache sicher und schon im November ward im Berliner Schlosse ein jubelnd aufgenommener Trinkspruch auf den König von Preußen ausgebracht.

Der König von Preußen! Damals ein neues, ungewohntes Wort. Aber es sollte ein gewaltiges Wort werden in der Geschichte und eine mächtige Kraft für Deutschland und für die Welt bedeuten. Und wenn wir die Geburtsgeschichte dieser Rangerhöhung überblicken, so sehen wir, daß trotz des launigen Zufallsspieleches, der dabei eine Rolle spielt, doch Brandenburg schließlich die Königskrone seinem wirklichen Werthe verdankte, dem Gewichte, das es im Momente der spanisch-europäischen Wirren in die Wagschale zu werfen hatte. So war es eine in jedem Sinne zu Recht und würdig erworbene Krone.

Eugen von Savoyen aber sagte, die Minister, die dem Kaiser zur Anerkennung des Königs in Preußen gerathen hätten, verdienten gehängt zu werden.

Eine Verschleppung der Kanalvorlage?

Das Wort vom Kuhhandel gefällt den Kanalgegnern nicht; sie behaupten unausgesetzt, von Kanal und Zolltarif als Handelsobjekten könne keine Rede sein, da die wassertechnische Vorlage noch nicht genügend besprochen und über die Höhe der Zölle die Festsetzungen der Regierung noch nicht bekannt sind. Je nun, tüchtige Händler fangen auch schon zu handeln an, bevor sie das Objekt sehen, und die „Scharfmacher des Kanals", wie von dem Bündlerblatt die Freunde des großen Kulturwerkes genannt werden, werden weiter fortfahren, den agrarischen Kanalgegnern und Freunden hoher Zölle auf die Finger zu schauen. Daß die Herren Junker natürlich lieber nur hohe Zölle haben wollen und gern auf die Kanalvorlage verzichten, liegt auf der Hand, aber es ist ihnen doch schon zum Bewußtsein gekommen, daß der Kanal kommt, mögen sie sich drehen und wenden wie sie wollen, und angesichts dieser Erkenntniß werden die Bündler auf einmal außerordentlich peinlich-sorgsame Prüfer von Regierungsvorlagen. Wie kann man denn auch erwarten, daß sie so schnell mit einer ungeheuren Materie sich abfinden sollen:

„Kann denn im Ernste jemand glauben, daß die Parteien innerhalb dieser wenigen Tage und Stunden schon endgiltige Entschließungen oder Entscheidungen getroffen haben sollten? Die Unmöglichkeit liegt so auf der Hand, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. ... Vorläufig ist die Stellung zur Kanalfrage nicht im mindesten geändert, die wesentlichsten Bedenken sind nicht beseitigt, ja zum Theil verstärkt und vermehrt worden. Dennoch ist man entschlossen, die Vorlage nochmals eingehend und sachlich ohne Nebenrücksichten und ohne Vorurtheil zu prüfen. Diesen Standpunkt hat man von seiten der Kanalgegner im Abgeordnetenhause vertreten, es war derselbe, der an dieser Stelle gestern zum Ausdruck gelangte."

Vielleicht ist's erlaubt, zu diesen Worten der „Dtsch. Tagesztg." doch noch ein Wort hinzuzufügen. Die Kanalvorlage ist bei ihrer ersten Berathung schon außerordentlich gründlich zergliedert worden, weil auch damals die Agrarier denselben Trick anwandten und vor einer zu schnellen Berathung der umfangreichen Vorlage warnen zu müssen glaubten, und auch in der Zwischenzeit hat die Diskussion über das Für und Wider der Vorlage nie aufgehört. Der neue Entwurf hat daher auch gar keine neuen Gesichtspunkte aufzustellen vermocht. Da wirkt es denn doch etwas komisch, wenn die Kanalgegner ihre kulturfeindlichen Pläne hinter dem Schild sorgfältiger Entschließung zu verstecken trachten. Das sind politische Manöver, die über die wirklichen Absichten der Kanalgegner niemanden zu täuschen vermögen. Zudem plaudert ja die „Dtsch. Tagesztg." selbst recht deutlich über den neuen Schachzug:

„Wer die Verhältnisse kennt, der wird nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß die Kanalvorlage, wenn sie heute ohne weitere Begründung zur Abstimmung gelangte, mit sehr starker Mehrheit abgelehnt werden würde. Soll ein anderes Ergebniß herbeigeführt werden, so ist die erste Vorbedingung eine überaus sorgfältige Prüfung aller einzelnen Fragen in der Kommission und eine Stärkung, Festigung und Sicherung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse. Am allerwesten würde die neue Vorlage gefährdet, wenn man den Versuch machen sollte, sie nach berühmten Mustern durchzupeitschen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses wird nicht umhin können, eine peinlich sorgsame Nachprüfung der Pläne vorzunehmen. Solche Nachprüfung läßt sich nicht übers Knie brechen, sie kostet Zeit und wird mehr Zeit kosten, als man heute ahnt. Erst wenn die Prüfung abgeschlossen und ihre Ergebnisse verarbeitet worden sind, wird eine endgiltige Stellungnahme zu dem Plane möglich sein. Das wird sich auch der Ministerpräsident sagen und deshalb im eigenen Interesse der Staatsregierung jede Forcirung der Angelegenheit vermeiden. Was die Scharfmacher des Kanals reden und thun, wird den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses ebenso gleichgiltig sein wie uns. Ihre und unsere Entschließungen werden durch keinerlei Drohung oder Versprechung beeinflußt werden."

Die Vorlage kann nach berühmtem Muster auch verschleppt werden. Daß die peinlich sorgsame Nachprüfung mehr Zeit kosten wird, als man ahnt, dieses Geständniß verräth zu deutlich, wo die Herren Junker hinaus wollen. *

Politisches.

* Die Verabschiedung der Chinavorlage steht noch in weitem Felde. Die außerordentliche Sitzung des Bundesraths am Montag war hauptsächlich zur Erledigung des Gesetzentwurfs wegen Versorgung der Theilnehmer der ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen anberaumt worden. Die Budgetkommission des Reichstags hat bekanntlich die Annahme des Nachtragsetats für die China-Expedition von der vorgängigen gesetzlichen Regelung dieser Versorgung abhängig gemacht und bis dahin die weitere Berathung des Nachtragsetats vertagt. Der Gesetzentwurf mußte indessen von der Tagesordnung des Bundesraths abgesetzt werden, weil das Reichsmarineamt noch in letzter Stunde den Antrag eingebracht hatte, die auf die Versorgung der Hinterbliebenen von Beamten bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs auch auf die Beamten der Schutztruppe in Kiautschou auszudehnen. Da indessen die Bevollmächtigten zum Bundesrath bezüglich dieses Antrages ohne Anweisung ihrer Regierungen waren, mußte der ganze Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt werden.

* Das Volkswirthschaftslehre Afterwissenschaft ist, sobald ihre Ergebnisse sich nicht mit den Endzielen agrarischer Begehrlichkeit decken, haben wir aus den Bündlerblättern schon oft ersehen müssen. Eine wahre Razzia auf die bedeutendsten Nationalökonomen hat die „Dtsch. Agrarkorr." unternommen. Prof. Conrad in Halle ist wohl bereit, der Landwirthschaft höhere Zölle zu bewilligen, allein er vertritt doch hauptsächlich russische Interessen; Dietzel in Bonn hat in einem Berliner Vortrage gesagt, daß für die Agrarier die nationalökonomische Wissenschaft ein Buch mit sieben Siegeln sei, das sie nicht aufmachen, weil sie wissen, es stehe für sie nur Unangenehmes darin; Lujo Brentano in München hat dort über das „Freihandelsargument" gesprochen, und dann ist er nach Berlin gekommen, seinen Vortrag nochmals zu halten; Schmoller in Berlin endlich hat im Verein für Sozialpolitik eine ganze Serie von Werken vorbereitet, von denen er den ersten Band, die „Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands", dem Reichskanzler persönlich überreicht hat. Diese Professoren sind allzumal Sünder, aber Schmoller ist doch der größte unter ihnen; die „Agrar. Korr." nennt ihn einen „Haus in allen Gassen", wirft ihm antinationales Gebahren und politische Charakterlosigkeit vor und sagt sodann:

„Die deutsche Landwirthschaft hat kein Interesse daran, sich durch Doppelzüngigkeiten und Verschleierungen verderben zu lassen. Wir wollen Klarheit haben auf der ganzen Linie zwischen Freund und Feind. Wir dulden keine unsicheren Kantonisten in einem Augenblicke, in dem die deutsche landwirthschaftliche Arbeit um ihre Zukunft kämpfen muß."

Daß sich die „unsicheren Kantonisten" das gesagt sein lassen! Entweder Ihr macht Euer Katheder zum Rednerpult für agrarische Agitation, oder Ihr habt aufgehört, als Professoren ernst genommen zu werden. Es ist doch gut, daß in der agrarischen Anmaßung so oft auch ein guter Schuß unfreiwilliger Komik enthalten ist.

Volkswirthschaftliches.

* In unserer Zeit der wirthschaftlichen Kämpfe, in der sich die Agrarier außerordentlich in den Vordergrund drängen, ist es gewiß nicht ohne Interesse, auch einmal etwas von den österreichischen Agrariern zu hören. Die Junker jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle scheinen vom selben Holz zu stammen wie unsere lieben Ostelbier, ihre Forderungen haben eine frappante Aehnlichkeit mit den agrarischen Wünschen im Deutschen Reich. Man kommt unwillkürlich auf das Bild von den zwei Bullenbeißern, die sich gegen einander erheben, und der fromme Wunsch, daß sie einander aufzehren möchten, liegt den Vertragsfreunden nahe genug. 16 besondere Ansprüche werden erhoben. Jedes land- und forstwirthschaftliche Produkt, das im Lande erzeugt werden kann, soll eines Zollschutzes „in vollem Umfange" theilhaftig werden. Statt des Einheitstarifes natürlich auch hier der Doppeltarif. Für alle zollgeschützten land- und forstwirthschaftlichen Erzeugnisse soll der Veredelungsverkehr ausgeschlossen werden. Die ungarischen Freilager für Getreide und Mehl sollen aufgehoben und Zollkredite sollen nicht gewährt werden. Reine Meistbegünstigungsverträge sind zu verwerfen; nur in Tarifverträgen auf Grund des Doppeltarifes kann die Meistbegünstigung eine bescheidene Stelle finden. Begünstigungen im Grenzverkehr sind verwerflich. Die Grenzen sind „veterinärpolizeilich" (also auch agrarische Hygiene; tout comme chez nous! D. R.) zu sperren. Eine Schutzkonvention Mitteleuropas gegen die Vereinigten Staaten sei anzustreben. Selbst die Doppelwährung wird aus ihrem Schlummer heraufbeschworen. Es wäre schlimm, wenn der agrarischen Anmaßung nicht auch in Oesterreich die Kandare angelegt würde. Zum Glück hält die Vertretung von Handel und Gewerbe auch im Nachbarreiche das Pulver trocken. Das beweist ein Gutachten der Budapester Handels- und Gewerbekammer über die Revision des Zolltarifs. Da heißt es:

„Die unverhältnißmäßige Erhöhung der Agrarzölle ist geeignet, einestheils der Verdienstsumme des gewerblichen Arbeiters eine viel höhere Quote für Lebensmittel zu entziehen und derart seine Kauf- und Konsumtionsfähigkeit hinsichtlich der Industrieerzeugnisse zu vermindern, andererseits für zahlreiche Gewerbezweige den Preis der unentbehrlichen Rohmaterialien zu verteuern und derart eine Erhöhung der Arbeitslöhne herbeizuführen. Aber auch das Exportgeschäft der ungarischen Industrie wäre hierdurch gefährdet. Es ist kaum vorauszusehen, daß sich irgend einer der Balkanstaaten dazu verstehen wird, mit den beiden Staaten der Monarchie einen Handelsvertrag unter Bedingungen abzuschließen, welche die Einfuhr seiner Produkte nach Ungarn respektive Oesterreich unmöglich machen und dieselben von diesen Absatzmärkten ausschließen. Wenn wir uns hier auf das Gebiet der starren Negation begeben und vermittelst Prohibitivzöllen die landwirthschaftlichen Produkte der Balkanstaaten von unseren Grenzen fernhalten, ist es zweifellos, daß auch diese Staaten uns gegenüber auf den gleichen Standpunkt stellen werden, worunter in erster Reihe unsere Eisen-, Textil-, Papier-, Leder-, Zucker- usw. Industrien zu leiden hätten. Die übertriebene Erhöhung der Agrarzölle müßte ferner zu einer Erhöhung der Industriezölle führen, da das eine ohne das andere nicht zu denken ist; dies wäre aber auch deshalb gefährlich, weil die derart hinaufgeschraubten Zölle der vermöge ihrer höheren Entwicklung unvergleichlich stärkeren österreichischen Industrie weit mehr dienen würde, als der ungarischen."

Sind diese Sätze nicht alle auch für Deutschland richtig? Sprechen sie nicht kurz und richtig aus, was wir mutatis mutandis auch für unsere wirthschaftliche Konstellation immer und immer wieder mahnend aussprechen? —h.

-a. In Rumänien und Serbien bestehen sog. Industriebegünstigungsgesetze, auf Grund deren von den betr. Regierungen industriellen Unternehmungen in ihrem Lande werthvolle Vortheile zugebilligt werden können. So sind, wie uns die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen mittheilt, kürzlich einer englischen Baumwollweberei folgende belangreiche Vergünstigungen von dem rumänischen Ministerrathe gewährt worden: Befreiung von jeder direkten Staats-, Provinz-, Gemeindesteuer, Zollbefreiung für die in der betr. Fabrik zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe in einem bestimmten Umfange, Zollbefreiung für die zum Bau der Fabrik zu verwendenden Materialien. Auch auf eine Hebung der Viehzucht und eine Steigerung des Fleischexports aus ihrem Lande zielen die Bemühungen der rumänischen Regierung hin. Die Verhandlungen, die sie zu dem Zwecke seit einiger Zeit mit einer englischen Gesellschaft „The Merchant Investors" führt, scheinen dem Abschlusse nahe zu sein. Die Gesellschaft will vom Staate eine Domäne pachten, um auf dieser eine Musterwirthschaft einzurichten, die der Verbesserung der rumänischen Viehrassen dienen und damit auch auf eine Vermehrung der Fleischausfuhr aus Rumänien hinwirken soll. Da die Gesellschaft nicht sowohl den Export von lebendem Vieh, als von Fleisch — frisch und in Büchsen — beabsichtigt, so wird auch noch die Errichtung einer Reihe industrieller Unternehmungen zur Verwerthung der Häute und Knochen in Aussicht genommen. In Konstanza will die Gesellschaft außerdem auch eine große Gefrierhalle bauen.

Kirche und Schule.

* Kolonialwissenschaft als obligatorischen Unterricht fordert Fritz Brunsart von Schellendorff für „sämmtliche Schulen und Lehranstalten im Deutschen Reiche". Die Einwirkung der Kolonialgesellschaft auf Erwachsene genügt nicht mehr, so sagt er in einem Artikel „Kolonialer Volkserziehung" (Kolonialer Zeitschrift Nr. 25). Das Kind müsse bereits gewonnen werden, denn die ersten Eindrücke sitzen am festesten. Es dürfe nicht dem Ermessen und Gutdünken der einzelnen Lehrer überlassen bleiben, in wie weit und in welcher Weise sie bei den Schülern das koloniale Verständniß wecken wollen, sondern es müsse ein einheitliches System hineingebracht werden, welches eine gleichmäßige Ausbildung aller sichert. — Ein Blick in die neuesten Auflagen der für den Geographie-Unterricht bestimmten Lehrbücher dürfte selbst recht eifrige Kolonialfreunde überzeugen, daß den außereuropäischen Erwerbungen Deutschlands ein recht großer Raum gewährt ist.

* Die bei den Provinzial-Schulkollegien vorhandenen Organe reichen, wie die Erfahrungen gelehrt haben, zur wirklichen Beaufsichtigung des höheren Schulwesens nicht aus. Insbesondere sind die Provinzialräthe vielfach nicht im Stande, neben der ordnungsmäßigen Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte die Schulrevisionen und die Reifeprüfungen in dem vorgeschriebenen Umfang abzuhalten bezw. persönlich zu leiten. Darum hat die Regierung nach der „Rhein.-Westf. Ztg." die Absicht, den Behörden schultechnische Mitarbeiter aus der Zahl der Oberlehrer beizugeben. In erster Linie sollen hierbei die nur mit einem technischen Rath für das höhere Unterrichtswesen ausgestatteten Provinzial-Schulkollegien in Königsberg, Danzig, Stettin, Posen und Schleswig berücksichtigt werden, ferner kommt bei seinem bedeutenden Geschäftsumfange das Provinzial-Schulkollegium Berlin in Betracht. Es sollen ferner den Provinzial-Schulkollegien eine größere Anzahl von wissenschaftlichen Hilfslehrern zur Verfügung gestellt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010117029/fragment/page=0002

werden. Die maßgebenden Faktoren gehen dabei von folgender Erwägung aus: In manchen Fällen vorübergehender Behinderung der Oberlehrer in der Ausübung ihrer Amtsthätigkeit durch Krankheit oder sonstige Ursachen läßt sich zur Zeit die Beschaffung einer geeigneten Aushilfe nicht ermöglichen, so daß nur erübrigt, die anderen Lehrer der Anstalt zu Vertretungen in solchem Maße heranzuziehen, daß infolge dessen eine Ueberlastung einzelner Lehrer eingetreten, mehrfach auch eine unliebsame Störung des geordneten Unterrichtsbetriebes nicht zu vermeiden gewesen ist. Die den Provinzial-Schulkollegien zur Verfügung gestellten wissenschaftlichen Hilfslehrer (vorläufig 40) sollen dann die an den Anstalten nothwendig gewordene Aushilfe übernehmen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Ein wichtiges Urtheil in Streikangelegenheiten hat das Reichsgericht noch auf Grund des früheren Rechts erlassen. Former einer Eisengießerei hatten sich geweigert, einen Auftrag für eine andere Eisengießerei, deren Former sich im Streik befanden, auszuführen und legten sofort die Arbeit nieder. Sie erschienen auch trotz Mahnung nicht mehr bei der Arbeit, verweigerten also den Gehorsam, lösten rechtswidrig das Arbeitsverhältniß und brachten den Arbeitgeber wissentlich in Schaden. Letzterer entließ die Former wegen Ungehorsams und widerrechtlicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses kündigungslos unter Einbehaltung des rückständigen Lohns und ihrer Sparkassengelder und klagte auf Schadenersatz. Dieser wurde ihm vom Land- und Oberlandesgericht zugesprochen. Eine dagegen beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde verworfen. In der Begründung des Urtheils des Reichsgerichts wird ausgeführt:

„Die Annahme des Berufungsgerichts, daß jeder Beklagte, auch wenn er nur für sich auf Grund seines Arbeitsvertrages in Anspruch genommen werde, den durch seine Vertragsverletzung dem Kläger erwachsenen Schaden ersetzen müsse, ist unbedenklich, und daß dadurch überhaupt ein Schaden — Ermittlung des Betrages vorbehalten — entstanden sei, stellt es ohne Rechtsirrthum fest. Die Beklagten meinen zwar, der Kläger habe den erlittenen Schaden selbst verschuldet, da sie bereit gewesen seien, andere Arbeiten zu verrichten, und der Kläger die von ihnen verweigerten Arbeiten durch andere Arbeiter habe ausführen lassen können. Aber das Recht kann dem Dienstherrn nicht zumuthen, sich der rechtswidrigen Arbeitsweigerung seiner Arbeiter in dieser Weise zu fügen; seine Stellung und ein ordnungsmäßiger Geschäftsbetrieb würden dadurch unhaltbar werden, von einem Verschulden des Klägers kann daher keine Rede sein. Auch durch die sofortige Entlassung der Beklagten wird der Anspruch auf Schadenersatz nicht ausgeschlossen. Es handelt sich hier nicht um einen, den Schadenanspruch wegen Nichterfüllung ausschließenden Rücktritt vom Vertrage, als ob er nicht geschlossen wäre, sondern um die vorzeitige Auflösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, die von dem Arbeiter verschuldet ist, und für deren nachtheilige Folgen er deshalb zu haften hat. Dies folgt schon aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die Reichs-Gewerbeordnung hebt diese Folge zwar nicht besonders hervor, schließt sie aber auch nirgends aus, sie ergiebt sich aus der verschuldeten Nichterfüllung. Auch das neue Bürgerliche Gesetzbuch enthält diesen Satz im § 628 Abs. 2. Gegen die Beklagten ist auch die Deliktsklage wegen arglistiger Vermögensschädigung begründet. Denn nach der ferneren, eingehend begründeten Feststellung des Berufungsgerichts haben die Beklagten „auf Grund einer gemeinschaftlich getroffenen Verabredung in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken gehandelt"; sie wollten — was die einzelnen durch ihr Auftreten nicht erreichen konnten — mit vereinten Kräften durch rechtswidrige Weigerung der Arbeit ihren Arbeitsherrn zwingen, sich ihrem Willen zu fügen und die Anfertigung des sog. Streikmodelle zu unterlassen. Die Arbeitsweigerung war nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel, um unter dem Drucke des durch die kündigungslose gemeinsame Arbeitseinstellung dem Kläger drohenden Schadens ihren Willen durchzusetzen; jeder von ihnen war, wie das Berufungsgericht ausdrücklich feststellt, sich bewußt, daß der Kläger durch ihr Vorgehen geschädigt werden würde. Damit sind alle Voraussetzungen der actio doli des hier anwendbaren gemeinen Rechts gegeben. Nun liegt zwar nicht ein einheitlicher Arbeitsvertrag vor, sondern die Einzelverträge der Beklagten sind als solche voneinander unabhängig. Aber die Verletzung dieser Verträge ist nur das Mittel, um das einheitlich gewollte arglistige Vorgehen mit Erfolg durchzusetzen; jeder dieser Beklagten wirkte durch seine vereinbarte Arbeitsweigerung thätig mit, um den gemeinsam verabredeten Plan auszuführen. Daraus folgt, daß sie gemeinschaftlich die unerlaubte Handlung der dolosen Vermögensschädigung begangen haben, und dann haftet nach gemeinem Recht auch bei civilrechtlichen Delikten jeder Theilnehmer solidarisch für den gesammten Schaden."

Koloniales.

* Auf Samoa ist eine deutsche Postverwaltung in Betrieb getreten. Am 31. August ist verordnet worden, daß jeder eingeborene Eigenthümer und Besitzer unkultivirten Landes jährlich 50 Kokospalmen pflanzen muß.

Versammlungen und Kongresse.

* Nicht in Paderborn, sondern in Osnabrück soll, nach einer Meldung der „Köln. Volksztg.," der diesjährige Parteitag des Centrums abgehalten werden.

* Die vertagte Konferenz der preußischen Landeshauptleute und Landesdirektoren wegen der Stellungnahme zur Frage der anderweiten Regelung der Provinzial-Dotationen wird nunmehr in Berlin am 19. d. Mts. unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns der Rheinprovinz, Dr. Klein, tagen.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Die englische Berichterstattung hat in den letzten 24 Stunden vollkommen geschwiegen, und auch an Privatnachrichten liegen nur die folgenden beiden vor, die wir den „Leipziger Neuesten Nachrichten" entnehmen:

London, 16. Jan. Aus Kapstadt wird vom 14. d. Mts. berichtet: Ein scharfes Gefecht fand bei Murraysburg in der Nähe von Graafreinet statt. Die Engländer wurden zurückgeschlagen und verloren 2 Offiziere sowie 10 Mann, die todt sind. 2 Offiziere und 16 Mann wurden verwundet; 2 Offiziere und 14 Mann wurden gefangen genommen. Ein Gefecht ist bei Fraserburg im Gange.

London, 16. Jan. Das Kriegsamt veröffentlicht soeben einen Aufruf zur Anwerbung weiterer 5000 Mann freiwilliger Yeomen für Südafrika gegen besonders hohe Löhnung und unter den günstigsten Bedingungen.

Diese beiden Depeschen sowie das vollkommene Versagen des englischen Nachrichtendienstes zeigen, daß die Lage sich bisher zum mindesten nicht zu Gunsten der Engländer gebessert hat.

In dem eben erwähnten Blatte finden wir auch einige interessante Ausführungen über englische Chikanen gegen die Deutschen in Johannesburg; es heißt da:

Die „Wall Mall Gaz." veröffentlicht einen Bericht ihres Korrespondenten aus Johannesburg, der sich über die „foreigners" in der occupirten Stadt lustig macht. In einer Beziehung muß man ihm allerdings Recht geben, nämlich, wenn er den Wechsel der Nationalität bei einigen Deutschen bekittelt. Eine ganze Reihe von Landsleuten waren in der Kapkolonie englische Unterthanen geworden, aber packten ihre neue Nationalität ruhig in die Tasche, als der Krieg ausbrach. Als jedoch die Engländer die Stadt in Besitz nahmen, waren sie wieder echte Engländer. Daß die englische Behörde solche Elemente von sich abschüttelte, ist erklärlich und zu rechtfertigen. Wenn Deutschlands Vertreter zu Beginn des Krieges dasselbe gethan hätten, so wäre es für den Ruf der deutschen Johannesburger besser gewesen.

Der Gewährsmann der „P. M. G." geht aber weiter und verräth in cynischster Weise, daß Lord Kitchener sich nicht allein mit der „Ausrottung" der Buren befaßt, sondern weitgehende Pläne für die in Johannesburg wohnenden Deutschen und Angehörige anderer Nationalitäten im Schilde führt. „Lord Kitchener ist bestrebt, es dort für die Ausländer (foreigners), ohne sie gerade auszuweisen, so heiß zu machen, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt, als das Land zu verlassen."

Die Johannesburger Presse redet schon vom August 1899 an, also 3 Monate vor Ausbruch des Krieges, allen Engländern, die Stadt zu verlassen. Weshalb? Weil bei der ersten Niederlage der Buren deren Rachegefühl zum Ausbruch kommen und sich in der Zerstörung allen britischen Eigenthums und Lebens in der verhaßten Stadt äußern würde. Mit diesen Argumenten wurden hauptsächlich die englischen Familienväter derartig in Schrecken gesetzt, daß sie mit Kind und Kegel die Stadt verließen. Die erste Burenniederlage kam sehr bald, bei Elandslaagte, aber in Johannesburg blieb alles so ruhig wie zuvor. Während des ganzen Krieges ist in Johannesburg niemals ein Engländer belästigt worden. Um so weniger Grund war für irgend einen Deutschen, die Stadt zu verlassen. Im Gegentheil, sie blieben dort und führten ihr Geschäft in derselben Weise weiter, wie vorher.

Daher stammt nun der ganze Ausbruch der Gehässigkeit gegen die Deutschen. Während die geflüchteten Engländer sich in Durban und Kapstadt aus Mitteln der Wohlthätigkeit ernähren lassen mußten, infolge eines von ihnen selbst und ihren eigenen Landsleuten heraufbeschworenen Krieges, lebten die Deutschen in Johannesburg und verdienten sehr viel Geld. Aus Rache möchte man sie nun gern in dieselbe Lage bringen wie die Flüchtlinge in den beiden englischen Küstenstädten. Daß dieser Versuch in vielen Fällen gelungen ist, steht fest. Deutsche, die durch Uebernahme der Eisenbahn durch die Engländer brotlos geworden waren, wurden deportirt. Andere, die sich in der Stadt nicht mehr ernähren konnten, brauchten blos ihren Namen beim Konsulat auf die Liste der Mittellosen zu setzen und wurden dann kostenlos von den Engländern in die Heimath abgeschoben. Die Bemittelten sind nun zurückgeblieben und gegen diese ist es schwer, auf andere Weise einzuschreiten, als durch eine Politik der „Nadelstiche".

Schon im Oktober des Jahres 1899 wurde von den Deutschen Johannesburgs eine Petition an das deutsche Konsulat in Prätoria gesandt, um dieses zu veranlassen, für die deutschen Staatsangehörigen Lebensmittel zu importiren und zum Selbstkostenpreise abzugeben. Diese Petition ging von Leuten aus, die voraussahen, daß, wie immer der Krieg enden würde, die Noth in Johannesburg unter allen Umständen unvermeidlich war. Die Petition verschwand in der Versenkung.

Die letzte „Johannesburg Gazette" proklamirt nun namens der Militärverwaltung folgendes: Da die Zufuhr von Lebensmitteln vom 12. Dezember an sehr beschränkt sei (dürfte wohl besser heißen: gänzlich aufgehört hat), so werden fortan nur folgende Personen Lebensmittel von der Militärverwaltung kaufen können:

1. Die fremden Konsuln, ihre Angestellten und Familien.
2. Beamte der Regierung und ihre Familien.

Unter 3 und 4 sind englische Soldaten und ehemalige Bürger der Südafrikanischen Republik genannt. Die Hauptsache ist, daß alle Deutschen gänzlich auf sich selbst angewiesen sind. Da die großen Kaufhäuser jedoch nicht über den Proklamationspreis verkaufen dürfen, und der Einkaufspreis sich bereits bedeutend über den Proklamationspreis stellt, da ferner die Bahn den Kaufleuten zum Import weiterer Lebensmittel gänzlich abgeschnitten ist, wie mag unter diesen Umständen heute die Lage der Deutschen in Johannesburg sein?

Es ist ja sehr schön und angenehm, wenn man in Friedenszeiten einen Konsul hat, der allen Schutz verspricht, und wenn man die Furchtlamen tröstet, „uns kann nichts passiren, wir haben unsere amtlichen Vertreter." Die Thätigkeit der amtlichen Vertreter Deutschlands hätte sich aber jedenfalls nicht darauf beschränken sollen, gegen Zahlung von sechs Mark zu bestätigen, daß jemand deutscher Unterthan ist; sie hätten mit aller Kraft dafür eintreten sollen, daß es den Deutschen in Transvaal möglich gewesen wäre, ihren Wohnsitz dort zu behalten, damit das deutsche Element erhalten bleibt.

Man darf wohl erwarten, daß die Reichsregierung in eine ernste Prüfung dieser Beschwerden über die deutschen Konsuln in Prätoria eintritt. Die Beschwerden gegen die Vertreter des Deutschen Reichs in Südafrika haben sich allgemach dermaßen gehäuft, daß sie mit gleichgiltigem Achselzucken nicht mehr abgethan werden können.

Oesterreich-Ungarn.

Morgen werden endlich die Reichstagswahlen ihr Ende finden, aber da nur noch zehn Mandate zu vergeben sind, über deren Vergebung kein Zweifel herrscht, so läßt sich das Gesammtresultat der Wahlen jetzt bereits vollkommen übersehen. Die stärkste Partei im neuen Reichsrathe wird der Polenklub mit 60 Mitgliedern sein; er hat bei den Wahlen 4 Mandate gewonnen. 51 Mitglieder (früher 55) zählt der Jungtschechenklub. Es folgen alsdann, nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet: die deutsche Volkspartei (47 Mitglieder, früher 39), die deutsche Fortschrittspartei (38 Mitglieder, früher 50), der verfassungstreue Grundbesitz (31 Mitglieder, ebenso viel wie früher), die katholische Volkspartei (23 Mitglieder, früher 28), die christlich-soziale Partei (22 Mitglieder, früher 24), der feudale Grundbesitz (22 Mitglieder, ebenso viel wie früher), die Deutschradikalen (21 Mitglieder, früher 5), die Slovenen (15 Mitglieder), die Kroaten (10 Mitglieder), die Italiener (19 Mitglieder), die Ruthenen (10 Mitglieder), die Rumänen (6 Mitglieder), die Sozialdemokraten (10 Mitglieder) die polnische Volkspartei (9 Mitglieder), die tschechischen Arbeiter (5 Mitglieder), die tschechischen Agrarier (5 Mitglieder). Außerdem giebt es noch: 4 klerikale Wilde, 3 mährische Mittelparteiler, 2 Deutschklerikale, 2 Serben, 2 Tschechischklerikale und 1 unabhängigen Sozialisten. An Mannigfaltigkeit der Parteien fehlt's demnach nicht im österreichischen Reichsrath, ihre Gruppirung wird aber diesmal voraussichtlich derart sein, daß den slawischen Stimmhorden eine an Zahl gleiche deutsche Macht gegenüberstehen wird. Voraussichtlich — denn bei der Wunschecktigkeit des Parteigetriebes kann durch Herüber- oder Hinüberschwanken dieser oder jener Gruppe oder Unter-Gruppe jederzeit mit Leichtigkeit eine Verschiebung der parlamentarischen Machtverhältnisse eintreten.

Bulgarien.

Der Minister des Auswärtigen, Tontscheff, hat soeben seine Demission eingereicht. Damit ist die schon seit langem drohende Ministerkrise ausgebrochen. Es ist sehr wohl möglich, daß das ganze Kabinet sich der Demission Tontscheff's anschließt. Alsdann dürfte wieder ein Geschäftsministerium unter General Petrow, jetzigem Minister des Innern, bis zu den Wahlen gebildet werden.

Wegen

Erweiterungsbaues

grosser Räumungs-Ausverkauf.

Alle Artikel, welche besonders der Mode unterworfen, sind, um damit gänzlich zu räumen, zu **ausserordentlich billigen Preisen** zum Verkauf gestellt. Ferner sind in verschiedenen Abtheilungen grosse Posten zusammengestellt, welche theilweise

unter der Hälfte des Preises

zum Verkauf gelangen.

Geschäftshaus

Halle a. S. **J. Lewin.** Marktplatz 2–3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010117029/fragment/page=0003

Zeichnung auf nominal Mark 40.000.000

3 prozentige Sächsische Rente.

Die Königl. Sächs. Staatsregierung hat auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1900 3 prozentige Rente im Nominalbetrage von M. 60,000,000 unter folgenden Bedingungen ausgegeben: Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und sind in Stücken von nom. M. 5000.—, M. 3000.—, M. 1000.—, M. 500.—, M. 300.—, M. 200.— und M. 100.— ausgefertigt. Die Schuldverschreibungen werden vom 1. Oktbr. 1900 ab mit 3% fürs Jahr verzinst und sind mit halbjährlichen, am 31. März u. 30. Sept. eines jeden Jahres fälligen Zinsscheinen versehen. Vorgenannte nom. M. 60,000,000.— 3% Sächsische Rente haben die Deutsche Bank und die Herren Robert Waschauer & Co. in Berlin, die Herren Lazard Speyer-Ellissen und Jacob S. H. Stern in Frankfurt am Main, die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld, die Hannoversche Bank in Hannover, die Oberrheinische Bank in Mannheim, der Schlesische Bankverein in Breslau und die Herren Menz, Blochmann & Co. in Dresden von dem Königlich Sächsischen Finanz-Ministerium zu Dresden fest übernommen und legen hiervon, nachdem ein Theilbetrag von nom. 20,000,000.— bereits freihändig fest placirt worden ist,

nominal Mark 40.000.000

unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Die Zeichnung erfolgt auf Grund des zu diesem Prospect gehörigen Zeichnungsscheines

am Dienstag den 22. Januar 1901

in Halle a. S. bei den Herren **D. H. Apelt & Sohn,** **in Halle a. S.** bei dem Herrn **H. F. Lehmann,**
" " " " " **Ernst Haassengier & Co.** " " " " " **Reinhold Steckner**

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden. Der frühere Schluss der Zeichnung bleibt jeder Stelle vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis ist auf **83.60%** zuzüglich Stückzinsen vom 1. Oktober 1900 ab festgesetzt.
3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Zeichnungsstellen eine Caution von 5% des gezeichneten Betrages in Baar oder in von der betreffenden Stelle als zulässig erachteten Effecten zu hinterlegen.
4. Die Zutheilung, welche sobald als möglich nach Schluss der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner erfolgt, unterliegt dem freien Ermessen jeder Zeichnungsstelle.
5. Den Stempel der Zutheilungs-Schlussnote trägt der Zeichner zur Hälfte.
6. Die zugetheilten Stücke sind gegen Zahlung des Preises (vergl. No. 2) vom 5. Februar bis spätestens 19. Februar abzunehmen.

Berlin. Dresden, Frankfurt a. M., Elberfeld, Hannover, Mannheim, Breslau, im Januar 1901.

Deutsche Bank. Robert Warschauer & Co. Lazard Speyer-Ellissen. Jacob S. H. Stern.
Bergisch Märkische Bank. Hannoversche Bank. Oberrheinische Bank.
Schlesischer Bankverein. Menz, Blochmann & Co. Gebr. Arnhold.

Piano-Lampen

für Gas-, elektrische u. Petroleum-Beleuchtung,

Piano-Sessel in allen Preislagen.

— Reichste Auswahl. —

C. Rich. Ritter, Hof-Pianoforte-Fabrik.

Metallwaarenfabrik vorm. Fr. Zickerick, Wolfenbüttel.

Kupfer- und Kesselschmiede, Metall- und Eisengießerei, Armaturenfabrik, Verzinnungs- u. Verzinkungsanstalt auf elektrolyt. Wege. D. R. P.

Anfertigung und Lieferung von Dampfkesseln, Apparaten u. Geräthen für Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien und Chemische Fabriken.

Vacuum-Apparate, Verdampf- und Wärme-Apparate, Vorwärmer, Condensatoren, Filtrationen, Ventile, Hähne, Condenstöpfe, Röhren u. Rohrleitungen aller Art, Montagen.

Wilh. Heckert,
Gr. Ulrichstr. 62.

CACAO

garant. rein, anerkannt vorzüglich, leicht löslich.

in Blechdosen v. Pfd.		1/1	1/2	1/4	
CACAO VERO	beste Marke	3,–	1,50	0,75	Mk
CACAO JUNO	Specialmarke	2,60	1,30	0,65	"
in luftdichten Packeten:					
CACAO JUNO	Specialmarke	2,40	1,20	0,60	"
CACAO FORTUNA		2,–	1,–	0,50	"
CACAO APOLLO		1,80	0,90	0,45	"

HARTWIG & VOGEL
DRESDEN.

Anerkannt vorzügliche Qualität, ausgiebig, daher billig. — Zu haben in den meisten durch unsere Plakate kenntlichen Apotheken, Conditoreien, Colonialwaaren-, Delicatess-, Drogen- u. Specialgesch.

Maggi zum Würzen ist und bleibt das beste und ausgiebigste Mittel zur augenblicklichen Verbesserung jeder Art Suppen, Saucen, Ragouts und Salate, und um die Verdauung wohlthuend anzuregen. — Dagegen verwende man **MAGGI's Bouillon-Kapseln** zur Herstellung vorzüglicher Fleischbrühe.

Julius Hoffmann,
Colonialwaaren, Breite Str. 24.

Von morgen Freitag den 18. d. Mts. ab

steht mein erster diesjähriger sehr großer frischer Transport

Belgischer u. dänischer Ackerpferde,

sowie bester hannoverscher und holsteiner

Wagenpferde

unter coulantesten Bedingungen zu sehr soliden Preisen zum Verkauf.

Halle a/S., Dorothenstr. 7/8. Fernsprecher 2147.

Meyer Salomon.

Sonnabend den 19. d. Mts.

habe eine Auswahl

Mecklenburger Wagenpferde, sowie **Dänischer u. Belg. Arbeitspferde.**

Wilhelm Stock,
Sangerhausen. — Telephon-Anschluß Nr. 46.

Fernruf 2036.

Werner's Schuh-Magazin

— 55 Grosse Ulrichstrasse 55 —

empfiehlt

Damen-Chevreaux-Knopf- und Schnür-Stiefel
Mk. 18,50, 17,50, 16,—, 15,—, 13,50, 12,50, 10,50, 9,— und Mk. 8,50.

Damen-Kalbleder-Knopf- und Schnür-Stiefel
Mk. 12,50, 11,50, 10,50, 9,50 und Mk. 8,50.

Damen-Boxcalf-Knopf- und Schnür-Stiefel
Mk. 15,50, 15,—, 14,50, 10,50, 9,50 und Mk. 9,—.

Damen-Rossleder-Knopf- und Schnür-Stiefel
Mk. 7,50, 7,—, 6,50, 5,50 und Mk. 5,—.

Reizende Neuheiten in:

Ball- und Gesellschafts-Schuhen
in **allen** Preislagen.

Weisse Ball-Stiefel
Mk. 14.— und Mk. 13,50.

Grösste Auswahl in einfachen und eleganten Herren-Stiefeln.

Werner's Schuh-Magazin

— 55 Grosse Ulrichstrasse 55. —

Neu! Hühneraugentödter Neu!

entfernt schmerz- und gefahrlos jedes Hühnerauge. Dieses wirklich praktische Instrument empfiehlt bestens

Martin Hirt, Halle a. S.,
Dorotheenstraße 17 (Barfbad).

473000 M.

kommen bei der großen **Mülhauser Geld-Lotterie** zur Auslosung.

Ziehung 25. Januar u. folg. Tage

Haupt-Gewinn **100000 M.**

50,000, 20,000 M.

10,000 M. u. s. w. u. s. w.

Loose à M. 3.30. Porto u. Liste 30 Pfg. extra. empfiehlt

Bankgeschäft **M. Printz & Co.**
Berlin W., Steglitzer Str. 43.

Blasen- u. Nierenkranken

ist dringendst zu empfehlen

Wernarzer Wasser

Kgl. Bayr. Mineralbad **Brückenau**

Wernarzer Wasser ist von hervorragender Heilwirkung bei harnsaurer Diathese, Gicht, Nieren-, Stein-, Gries- u. Blasenleiden, sowie allen übrigen Erkrankungen der Harnorgane. — Die Quelle ist seit Jahrhunderten medizinisch bekannt.

Erhältlich in allen Apotheken u. Mineralwasserhdlgen. Schutzmarke

Nach neueren Erfahrungen ist **Wernarzer Wasser** auch **ausserordentlich wirksam** zur Aufsaugung **pleuritischer Exsudate.**

Hauptniederlage in Halle bei Herren **Helmbold & Co.**

Für Zahnleidende!

Künstl. Zähne mit u. ohne Gaumen (3—6 Stunden fertig).

Zahnzieh. schmerzl. ohne allg. Bet.

Americ. Zahn-Atelier Netz.
Geiststr. 21.

Asthma

Bronchiol-Cigaretten*

gesetzl. geschützt Nr. 43751. Präparat nach Dr. Abbot. Erhältlich in vier Mischungen à 10, 20, 50, 100 Stück. Preis per 10 Stück 0.50, 0.75, 1.00, 1.50.

Apotheke zum Deutschen Kaiser,
Glauchaer Straße 1.
General-Depot für Halle a. S.

Bronchiol-Gesellschaft m. b. H.
Berlin N.W. 7.

* Bestandtheile: Blätter der Tabakspflanze, Cannabis indica, Datura stramonium, Anisöl, Salpeter.

Paradiso-**Lugano**

Hotel-Pension Europe.

Für Winter- und Frühlings-Aufenthalt auf das beste eingerichtet. Warmwasserheizung mit electr. Licht in allen Räumen. Man verlange Prospect.

Frau **Hirt-Wyss & Co.,** Besitzer

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010117029/fragment/page=0004